

»Wilde Streiks« gegen Privatisierung – fünf Tage Verkehrschaos in Genua

Während in den deutschen Medien über Italien fast nur noch im Zusammenhang mit der Frage berichtet wird, ob der ehemalige Ministerpräsident Berlusconi ins Gefängnis muss oder nicht, hat die seit 2008 andauernde Krise das Land weiterhin fest im Griff. Und die Regierung versucht wie gehabt die Probleme mit ihren Mitteln in den Griff zu bekommen: Zu einem neuen Reformpaket gehören die Privatisierung staatlicher Betriebe, Kürzungen im Bildungssektor und Erleichterungen für Unternehmen beim Arbeitsschutz und bei den Steuern. Außerdem sollen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Auf Druck von Berlusconis PdL wird die Immobiliensteuer für das erste selbst genutzte Haus abgeschafft. An ihrer Stelle werden jedoch andere kommunale Abgaben erhöht werden. Schließlich gab es die lange versprochene Senkung bei den Lohnsteuern. Dies geschah allerdings nur in einer derart homöopathischen Dosis, dass es in der Arbeiterschaft eher Empörung als Zufriedenheit hervorrief. Die Gewerkschaften riefen aus Protest gegen dieses Programm zu einem Generalstreik am 14.11.2013 auf. Wie bei anderen Fällen zuvor konnte aber auch dieser Streik das Programm nicht verhindern.

Eine etwas andere Qualität hatte ein Streik in Genua, bei dem die Beschäftigten der städtischen Verkehrsgesellschaft AMT den Verkehr fünf Tage in Folge lahm legten. Ausgangspunkt war eine Mitteilung der Stadtverwaltung, dass die Verkehrsgesellschaft acht Millionen Euro benötige, um einem Bankrott im nächsten Jahr zu entgehen. Die Stadt beschloss darauf hin, der Gesellschaft kein neues Geld zuzuschließen, sondern Anteile daran zu privatisieren. Viele der von der Regierung beschlossenen Einsparungen der letzten Jahre gehen zu Lasten der Kommunen, und entsprechend haben viele städtische Gesellschaften Finanzprobleme. In Neapel musste Anfang 2013 der Busverkehr zeitweise eingestellt werden, da die Verkehrsgesellschaft nicht mehr in der Lage war, das Benzin zu bezahlen.

Da die Beschäftigten durch eine solche Privatisierung Verschlechterungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen fürchteten, traten sie am 19.11. in den Streik. Die offiziellen Gewerkschaften hatten mit diesem Streik am Anfang nichts zu tun. Weder der starke Berufsverband der Bus- und Straßenbahnfahrer noch die Ableger der konföderierten Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL ergriffen hierzu die Initiative.

Zwei Gruppen waren die treibende Kraft bei dieser Auseinandersetzung. Eine Reihe von Beschäftigten ist inspiriert von der 5-Sterne-Bewegung Beppe Grillos. Über einen Internetblog verbreitete diese Gruppe Informationen zur geplanten Teilprivatisierung und mobilisierte schon vor dem Streik zu Aktionen. Beppe Grillo selbst schloss sich auch einer Demonstration an, als er in Genua war. Die Lokführergewerkschaft ORSA (Organizzazione Sindacati Autonomi e di base) beschloss vor etwa einem Jahr, ihren Organisationsbereich auch auf den öffentlichen Nahverkehr auszudehnen. ORSA ist sehr stark und kämpferisch bei den italienischen Eisenbahnen und macht vehement Front gegen die »Berufsgewerkschafter«. Nach einigen Erfolgen in Mailand begann die Organisation zwei Monate vor dem Streik auch in Genua aktiv zu werden und Mitglieder zu werben.



Kein Service am Busbahnhof

Der Streik legte für fünf Tage den öffentlichen Nahverkehr in Genua lahm. Obwohl dies für viele BürgerInnen erhebliche Behinderungen mit sich brachte, die durch anhaltende Demonstrationen und Blockaden noch verstärkt wurden, standen die meisten EinwohnerInnen hinter den Streikenden. Erfahrungen in anderen Städten hatten gezeigt, dass mit der Privatisierung nicht nur die Fahrpreise stiegen, sondern auch Linien still gelegt wurden. Ab dem dritten Streiktag beteiligten sich auch die Beschäftigten anderer städtischer Betriebe am Ausstand. Sie drangen auch in eine Sitzung der Stadtverordneten ein und erzwangen deren Abbruch. Der Streik erhielt so langsam eine Bedeutung, die weit über Genua hinaus reichte. Auch die Streikenden waren sich dessen bewusst. Einer ihrer Slogans lautete »Wir sind der Funken Italiens«. Angestellte des öffentlichen Nahverkehrs in anderen Städten solidarisierten sich mit ihren Genueser KollegInnen und entsandten Abordnungen. Auch die bürgerliche Presse wurde nun aufmerksam. Die linksliberale »Repubblica« sah den »griechischen Albtraum« nach Italien hereinziehen. Der »Corriere della sera« wunderte sich, dass über eine Million Arbeitsplätze faktisch ohne Widerstand der Gewerkschaften abgebaut werden konnten, und nun, an einem vergleichsweise nebensächlichen Punkt, eine ganze Stadt paralytisch wurde. Das Schlagwort der »beni comuni« habe hier zu einer Unbeweglichkeit und zu einem Festhalten am Bestehenden geführt, das in anderen Bereichen längst überwunden sei. »Beni comuni« ist in Italien ein Begriff, mit dem linke KommunalpolitikerInnen, Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Bürgerinitiativen gegen einen Ausverkauf kommunalen Eigentums und gegen einen Abbau öffentlicher Dienstleistungen argumentieren. Es gibt auch ein Netzwerk mit diesem Namen.

Diesem Netzwerk fühlt sich auch die Partei des Bürgermeisters Marco Doria verbunden. Er ist Mitglied der kleinen Linkspartei SEL (Sinistra Ecologia Libertà), die 2009 aus Rifondazione Comunista austrat, um ein festes Bündnis mit der Demokratischen Partei einzugehen. Doria gewann die Vorwahlen um den Kandidaten für das Bürgermeisteramt des Mitte-Links-Bündnisses gegen den Kandidaten der PD. Allerdings stellt die SEL wesentlich weniger Stadtver-

ordnete als die PD. Und die PD wollte die Teilprivatisierung durchsetzen. Angesichts seines linken Images war dem Bürgermeister diese Auseinandersetzung natürlich peinlich, und er suchte einen Kompromiss mit den Streikenden.

Als die politische Dimension des Konflikts immer deutlicher wurde und die Aktionsformen entsprechend militanter, wurden auch die Gewerkschaften aktiver. Sie forderten die Streikenden auf, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und nicht so sehr über Genua hinauszublicken. So versuchten sie auch, Delegationen aus anderen Städten am Reden zu hindern. Sie verhandelten nun einen Kompromiss mit der Stadt. Demnach werden – zumindest bis einschließlich 2014 – keine Anteile an der Gesellschaft verkauft, die Löhne und die Arbeitszeit bleiben unverändert und, um die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs zu sichern, schafft die Region Ligurien 380 neu Busse an, davon allein 200 für Genua. Einige »eher unrentable« Linien sollen allerdings an Subunternehmen verpachtet werden.

Dieser Kompromiss stieß in der Belegschaft auf geteiltes Echo. Die zeitliche Befristung der Zusage, nicht zu privatisieren, rief ebenso Widerspruch hervor wie die Fremdvergabe einiger Linien. Umstritten war aber auch die Form der Abstimmung: Der Versammlungsleiter beschloss »nach Augenschein«, dass die Mehrheit für den Kompromiss gestimmt hätte. Die kleine Gewerkschaft ORSA will nun Unterschriften sammeln, um eine erneute Abstimmung durchzusetzen.

Der größte Nachteil des Kompromisses ist aber, dass kein Disziplinierungsverbot vereinbart wurde. Als Staatsangestellte dürfen die Beschäftigten der Verkehrsgesellschaft nicht an »wilden Streiks« teilnehmen. Sie erhielten Bußgeldbescheide und sollen demnach für den ersten Streiktag 250 Euro und für jeden weiteren Streiktag 500 Euro zahlen. Das sind bis zu 2250 Euro pro Person, insgesamt über zwei Millionen. Hinzu kommen Verfahren gegen etwa einhundert Streikende wegen Straßenblockaden. Zur Unterstützung der Betroffenen wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet.

»Wilder Streik« auch in Florenz

Wie sehr die Ereignisse in Genua die Probleme der Städte widerspiegeln, aber auch die Stimmung der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachten, zeigte sich wenige Tage später in Florenz. Hier traten die Beschäftigten der Nahverkehrsgesellschaft ATAF in einen Streik. Die Gesellschaft kündigte einseitig wichtige Tarifverträge, und die Stadtverwaltung plante eine Dreiteilung der Nahverkehrsgesellschaft in profitable, kostenneutrale und unrentable Linien. Die ArbeiterInnen sahen darin einen ersten Schritt zur Privatisierung, was von der Stadt auch nicht dementiert wurde. Hier war es die Basisgewerkschaft USB (Unione Sindacale di Base), die zum Protest aufrief. Diese Gewerkschaft ist im Betrieb gut vertreten und stellt auch den Vorsitzenden der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung. Die anderen Gewerkschaften riefen zwar nicht selbst zum Streik auf, stellten ihren Mitgliedern aber ausdrücklich frei, daran teilzunehmen. Am 5. und 6. Dezember legten so 560 BusfahrerInnen den Nahverkehr von Florenz lahm.

Bürgermeister von Florenz ist Matteo Renzi, der gerade zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei gewählt wurde. Er will sich als forscher Reformier profilieren, macht populistische Sprüche gegen die alte Politikerkaste und will verstärkt marktliberale Positionen in der PD verankern. Seine politischen Vorstellungen gleichen denen, die in Großbritannien einst Tony Blair mit »New Labour« vertrat. Viele Streikende verstanden ihren Ausstand nicht nur als Antwort auf die Pläne der Stadtverwaltung, sondern auch als Protest gegen den Politiker Renzi. »Renzi – Feind aller Arbeiter« stand auf dem Transparent, das den Demonstrationen voran getragen wurde.

Nach zwei Tagen machten Arbeitgeber und Stadt Zugeständnisse an die Streikenden. Die Kündigung der Tarifverträge und die Zerschlagung der Gesellschaft wurden ausgesetzt. Hierüber soll mit jetzt mit den Gewerkschaften verhandelt werden. Die Streikenden waren mit diesem Ergebnis zufrieden und beendeten darauf hin den Streik. Wie in Genua werden aber auch hier die BusfahrerInnen mit Disziplinarverfahren zu rechnen haben. Dez. 2013 ■

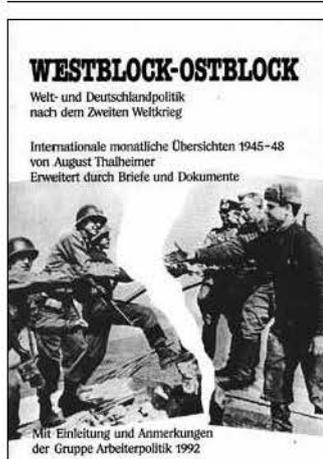
Auch 2014 wird wieder über den alliierten Luftkrieg z.B. auf Dresden diskutiert. Hier eine Darstellung vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes.



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
April 1989, Auton. Nahostgruppe HH und Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 | 2,00 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Weiße Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der Sowjetunion
Dez. 1989, Gruppe Arbeiterpolitik
74 Seiten A4, | 4,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992 und Gruppe Arbeiterpolitik
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Nov. 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 zweifarbig | 2,00 EUR

Bestellungen bitte per Email an arpo.berlin@gmx.de